

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

23.10.1862 (No. 249)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 23. Oktober.

N. 249.

Voranzahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.
Einkaufsgebühren: die gepaltene Petizelle oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Telegramm.

Wien, Mittwoch 22. Okt. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde Artikel 5 der Strafgesetznovelle, welcher bei Beleidigungen durch die Presse gegen öffentliche Beamte, Diener und Seelsorger strafgerichtliche Verfolgung von Amts wegen gestattet, nach einem mit dem Herrenhause vereinbarten Auschufsantrage angenommen.

Deutschland.

Stuttgart, 20. Okt. Moriz Wohl wird nach der „Neuen Zeitg.“ mit seinen Freunden in Frankfurt auf der großdeutschen Versammlung folgenden Antrag stellen:

Die zu Frankfurt im Oktober 1862 zusammengetretene Versammlung spricht in der deutschen Frage ihre Ansicht in folgenden Sätzen aus: 1) Sie erklärt sich gegen eine Organisation der deutschen Gesamtbevölkerung, durch welche ein Theil Deutschlands der Herrschaft des andern unterworfen, oder aus der vollen Gemeinschaft hinausgedrängt würde; namentlich also gegen eine sogenannte preussische Spitze und gegen die Unterordnung Oesterreichs unter Preußen, welche einer Verdrängung jenes mächtigen Bundesgenossen aus Deutschland gleichkäme; sowie gegen eine provisorische oder definitive Ordnung der deutschen Gesamtbevölkerung ohne die Theilnahme von Oesterreich; 2) sie erkennt die erste Forderung des Rechts und der Würde Deutschlands darin, daß eine Vertretung nicht nach Ständen noch durch Ständeversammlungen, sondern durch die Nation, nach einem gemeinsamen Wahlgesetz gewählt, geschaffen werde, und sie erklärt sich auf entschiedene Weise gegen die vorgeschlagene Versammlung von Delegirten der einzelnen Ständeversammlungen, sei es als bleibende, sei es als vorübergehende Einrichtung, da die Nationalvertretung in der Verfassung nicht aus einer mit Vorrechten durchsetzten Grundlage hervorgehen darf, und der Vorbehalt der Zustimmung der Einzelstaaten ihr den Charakter eines bloß begünstigten Privilegs geben würde; 3) sie erachtet es für unumgänglich, daß das Recht der Gesetzgebung für Deutschland künftig nur mit Zustimmung der Nationalvertretung ausgeübt werde; 4) sie ist in der Ansicht, daß die Nationalvertretung das Recht der Initiative in Beziehung auf die Verfassung und Gesetzgebung einzuräumen sei, in der Weise, daß die diesfälligen Beschlüsse der obersten Bundesbehörde und der Nationalvertretung nur mit wechselseitiger Zustimmung Gesetz werden; 5) die Versammlung erklärt sich endlich gegen das beantragte Bundesgericht und spricht ihre Ueberzeugung aus, daß, wenn die Einrichtung eines Bundesgerichts überhaupt für angemessen erachtet werden sollte, eine solche nur nach Abschaffung der Vorrechte und der freiheitswidrigen Bestimmungen des Bundesrechts, und nur mit Zustimmung der Nationalvertretung zulässig sein könnte.

München, 20. Okt. Vorgestern hat nach der „Bayr. Zeitg.“ eine erste Sitzung des provisorischen Ausschusses des hier zu bildenden großdeutschen Vereins stattgefunden. Zum Vorsitzenden wurde Bürgermeister v. Steindorf, zum Schriftführer Rechtsanwalt Badhauser erwählt. Den Entwurf der Statuten übernahm Ministerialrath Dr. Weiss. — Auch dem Nürnberg. Arbeiterverein werden nach dem „Nürn. Anz.“ Schwierigkeiten vermittelt des Vereinsgesetzes gemacht, indem der Nürnberg. Arbeiterverein für einen politischen Verein erklärt wird.

Frankfurt, 21. Okt. Preußen hat sich befanntlich in der Bundestags-Sitzung vom 9. d. (Der ersten nach den Ferien) durch den substituirten österreichischen Gesandten bereit

erklären lassen, die Einführung des Gesetzes wegen der in den deutschen Bundesstaaten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenseitig zu gewährenden Rechtshilfe auf verfassungsmäßigem Weg zu bewirken. Die diesfällige Erklärung lautet vollständig:

Der substituirte Gesandte ist, mit Bezugnahme auf den Bundesbeschluß vom 8. Aug. l. J., zu der Erklärung ermächtigt, daß die Regierung bereit ist, in Preußen die Einführung des von dem betreffenden Ausschusse vorgelegten Gesetzes wegen der in den deutschen Bundesstaaten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenseitig zu gewährenden Rechtshilfe auf verfassungsmäßigem Weg zu veranlassen. Wie sich von selbst versteht, kann indessen das zu erlassende Gesetz nur denjenigen Staaten gegenüber zur Anwendung kommen, in welchen dasselbe unverändert auch zu Gunsten Preußens eingeführt und in Kraft erhalten wird. Daß die Voraussetzung der Reziprozität bei dem eigenthümlichen Charakter des Gesetzes als die wesentlichste Grundlage desselben anzusehen, ist auch von andern hohen Regierungen angebeutet worden.

Für Liechtenstein, Neuchâtel, Lippe und Hesse-Homburg wurde in Betreff desselben Gegenstandes Folgendes erklärt:

Mit Bezugnahme auf den erwähnten Bundesbeschluß hat der Gesandte zu erklären, daß die fürstlichen Regierungen von Liechtenstein und Neuchâtel dem vorgelegten Gesetze über die in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenseitig zu gewährenden Rechtshilfe beistimmen; daß die fürstl. Lippe'sche Regierung nicht anstehen werde, dem fraglichen Gesetze im Fürstenthum Lippe Gesetzeskraft zu verschaffen, sobald ein Gleiches auch Seitens der übrigen Bundesstaaten geschehen werde; daß Sr. Durchl. der Landgraf von Hessen beschloßen haben, dem gedachten Gesetze ohne Einschränkung zuzustimmen, resp. dem beantragten Beschluß beizutreten.

Vorstehende Erklärungen wurden dem handelspolitischen Ausschusse zugewiesen.

Kassel, 21. Okt. (Fr. J.) Aus zuverlässiger Quelle können wir die Nachricht geben, daß den zusammentretenden Ständen lediglich und allein der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vorgelegt werden wird, und daß hierauf die ganze Thätigkeit derselben beschränkt bleiben soll. Von den Zusicherungen in der landesherrlichen Verkündung vom 21. Juli d. J. wird vorerst Umgang genommen. Zur Zeit ist deshalb keine andere Vorlage für die Stände genehmigt. Alle Hoffnungen auf Eisenbahn, Gehaltsverbesserung, Gewerbeverbesserung sind vorerst vergebens.

Kassel, Die „Bayerische Zeitg.“ behauptet, von der kurhessischen Regierung sei die Ablehnung des Handelsvertrages beschloßen, bis jetzt aber wohl an Preußen noch nicht erklärt worden.

Dresden, 21. Okt. Gegenüber den Behauptungen verschiedener Blätter, daß sich in dem Verhalten der sächsischen Regierung zu der Handelsvertrags-Frage eine bedeutende Wendung bemerkbar mache, weist das „Dresd. Journal“ in einem längern offiziellen Artikel nach, daß dies keineswegs der Fall sei.

Bremen, 18. Okt. An der schon erwähnten Nationalvereins-Versammlung beteiligten sich ungefähr 400 Personen. v. Bennigsen führte den Vorsitz. In seiner Eingangrede bemerkte er, es sei als ein bedeutungsvoller Fortschritt zu betrachten, daß man in Koburg die Ueberzeugung gewonnen habe, trotz der Krise in Preußen und den Bestrebungen der Würzburger die ganze Reichsverfassung zur

Parole zu erheben. Wollte man diese Parole verwirklichen, so bedürfte es dazu der vollsten Energie und des einmüthigen Vorgehens der Nationalpartei. Auf die Bestrebungen der sogenannten Großdeutschen kommend, wies Redner auf die völlige Zerfahrenheit dieser Partei hin.

Dr. Riquel, als Berichterstatter des Ausschusses, hält es für nöthig, den Beschluß der Koburger Versammlung jedem der hier Anwesenden klar in's Gedächtniß zu rufen, und verliest deshalb denselben noch einmal. Er geht sodann auf die Bedenken, welche durch irrige Auffassung des Koburger Beschlusses hervorgerufen seien, ein. Die Proklamirung der Reichsverfassung sei eine Nothwendigkeit gewesen gegenüber den Plänen der Kabinette, der preussischen Militärpartei und den immer lechter auftretenden Bestrebungen der Großdeutschen. Redner geht darauf auf die f. g. großdeutsche Partei ein, welche ihre partikularistischen, reaktionären Tendenzen durch den Mantel des Deutschtums zu verdecken strebe. In Betreff des Verhältnisses Oesterreichs zum deutschen Bundesstaate spricht Redner die Ueberzeugung aus, daß auf Oesterreichs Eintreten verzichtet werden müsse; er gehöre nicht zu denen, welche an der Zukunft des Kaiserstaats verzweifeln, allein Deutschland dürfe sich durch die Ungewißheit der Umgestaltung Oesterreichs nicht in seiner Entwicklung aufhalten, nicht länger von der habsburgischen Hauspolitik sich anregen lassen. Man habe in dem Beschlusse über die Reichsverfassung einen Rückgang, eine Inkongruenz sehen wollen, insofern sie die Uebertragung der Zentralgewalt an Preußen aufzuheben scheine. Das sei nicht der Fall. Nur Preußen werde den thatsächlichen Verhältnissen zufolge die Zentralgewalt übernehmen können, aber durch die Reichsverfassung seien ihm bestimmte Bedingungen gestellt. Dies zu thun war notwendig bei der in Süddeutschland herrschenden Aneignung gegen Preußen, und um den Beweis zu geben, daß der Nationalverein nicht das Werkzeug preussischer Eroberungsgelüste sei.

Dr. Pfeiffer erklärt, sein Gewissen gebiete ihm, dem glänzenden Vortrage des Vorredners gegenüber mit Bedenken gegen den in Koburg gefaßten Beschluß anzutreten. Allerdings sei zu seiner Freude ein Theil derselben durch die Erläuterungen des Vorredners schon beseitigt, doch könne er der vorgeschlagenen Resolution nur dann zustimmen, wenn die Deutung, welche Hr. Dr. Riquel dem Koburger Beschluß gegeben, von dem Präsidenten des Nationalvereins als zulässig anerkannt werde. Im Wesentlichen hält auch Redner die Reichsverfassung als die geeignete Grundlage für die Einigung Deutschlands, doch kann er dieselbe nicht als unabänderliches Ganzes betrachten und den Nationalverein nicht zum Eintreten für dieselbe verpflichten. Zum Beweise seiner Behauptungen geht er auf die Geschichte der Entstehung der Verfassung zurück, welche in der ihr zu Frankfurt gegebenen Form heute nicht mehr ausführbar sei. Man müsse sich alle Wege offen halten, welche zu demselben Ziel wie die Reichsverfassung führen; es komme ihm auf die Sache, nicht auf die Form an.

v. Bennigsen erklärt, er sei zwar nicht in der Lage, eine authentische Erklärung über den Sinn des Beschlusses zu geben, jedoch sei seine persönliche Ansicht darüber folgende: Man habe nicht formale Rechtsgründe, sondern die Bedürfnisse der Nation hinzustellen und das Rechtsbewußtsein im Volke zu stärken. Ebenso habe man sich nicht verpflichtet, für

Die Eisenbahn von Karlsruhe nach Marau.

(Fortsetzung aus Nr. 245.)

Die Bahndirektion soll dem Betrachter nach eine stille Neigung zu der Eisenbahn gefast haben und den Wunsch hegen, sich mit ihr durch ein eigenes Band, und zwar durch ein Band nicht eigenen Fabrikates, nämlich ebenfalls mit einer Seitenbahn, zu verbinden, die Bahn jedoch sich, wie es in solchen Fällen zarter Natur Sitte ist, für diese Verbindung noch einige Bedenken ausgesprochen haben. In ihrem weitern Laufe einerseits durch die Fabrik von Kerlinger und Senka, und andererseits durch das Militärhospital angehalten, ist sie abermals gezwungen, den Grundsat: „Der gerade Weg ist der beste“, folgen zu lassen und sich mit einer diplomatischen Wendung von 1700 Fuß Halbmesser, und zwar mit Rücksicht auf die Patienten des Spitals in einem möglichst sanften und geräumigen Bogen, zwischen beiden hindurchzuwinden, die Fabrik ebenfalls mit einer Seitenbahn bekomplimentirend, und das Spital durch das Versprechen beruhigend, daß die Lokomotive in seiner Nähe möglichst wenig Spektakel machen und keinen Nerven aufregenden Dampf ausblasen werde. Von hier überwindet die Bahn das zweite Hinderniß, den Noth'schen Ader, beziehungsweise jetzt, da ein Bahnhofsgebäude darauf steht, Bauplatz, überschreitet so schnell als möglich und mit angehaltenem Athem das dritte Hinderniß, den Landgraben, und erreicht glücklich das vierte Hinderniß, das Nägele'sche Grundstück, ehemals Feuerwehrring. Auf diesem vierten Hinderniß ist die Station „Mühlburger Thor“ angelegt; dieser Triumph der Westendler und dieses Vergnügens der Ostendler, diese Veranlassung zu dem zwischen dem Osten und Westen so erbittert geführten denkwürdigen Bürgerkrieg.

Die Mühlburger-Thor-Station verlassend, durchschneidet die Bahn die Mühlburger Straße, wirft einen letzten Scheideblick durch das Mühlburger Thor und tritt an den zerstücktesten Mühlburger Plamagewagen vorüber mit einem Bogen von 1200 Fuß Halbmesser in den Schatten des Hartwaldes ein. Hier veranlaßt sie, da die Lokomotive

von Eisen und die Lokomotive von Militärpferde-Fleisch eine natürliche Abneigung vor einander zu haben scheinen und eine unmittelbare Nachbarschaft nicht gut ertragen können, eine entferntere Berlegung der Militärstraße, und wird deshalb auch eine Erhöhung des Militärabzugs, wegen vermehrter Abnutzung der Schuhe, zu verantworten haben. Den Schatten des Hartwaldes verlassend, tritt die Bahn hinaus in den Sonnenschein der Mühlburger Gemarkung, durchschneidet in gerader Linie und mit wirklichem und aufrichtigem Bedauern, und nur der unerbilligen Nothwendigkeit folgend, das schöne v. Seldeneck'sche Gut und erreicht die nördlich von Mühlburg gelegene Station „Mühlburg“, welcher von den aus dem Westen nach Mühlburg wandelnden Stammgästen der Vorwurf gemacht wird, daß sie zu entfernt von dem Ludwig'schen Bierkeller angelegt sei. Die Unternehmung, ob an diesem Mißstande die Station oder der Bierkeller Schuld ist, d. h., ob die Station zu weit von dem Bierkeller, oder ob der Bierkeller zu weit von der Station erbaut worden, schwebt noch und wird das Resultat erst später bekannt werden.

Zwischen Mühlburg und Knielingen ist von der Richtung der Eisenbahn nichts Besondere zu erwähnen, man müßte denn nur erwähnen, daß die Eisenbahn von Mühlburg ab abermals, und aus dem gleichen Gründen, mit einem respektvollen Bogen von 2000 Fuß Radius eine Bierbrauerei zu vermeiden sucht, den Neugraben überschreitet und nun noch einmal, fast wie um Verzeihung bitend, sich ihrer alten Nebenbuhlerin, der Landstraße, nähert und mit einem innigen, einige 100 Fuß langen Kusse von der gemüthlich wandelnden Abschied nimmt. Doch nicht auf Nimmerwiedersehen, denn noch einmal auf ihren Lebenswegen sollen sie sich wiederfinden. Das Knielinger Feld durchzieht die Bahn in einer ansehnlichen geraden Linie, die bis über die Station Knielingen hinaus in das Hoggelstade hinein reicht.

Die Station Knielingen liegt am östlichen Ende des Dorfes und hat ebenfalls einen Bürgerkrieg zwischen den Knielinger Ost- und Westendlern

entzündet, und kann insbesondere der Repräsentant des Westendes, der Adler, diese rücksichtslose Lage des Bahnhofes nicht begreifen, wo doch die Herren Ingenieure so oft bei ihm zu Mittag gegessen und so viele Schöpplien Licht getrunken haben, und stehen sogar noch einige auf der Kreide. Aber so kann man sich in den Menschen täuschen. Daß der Bahnhof an das Ostende des Dorfes gelegt werden mußte, weil man ihn nicht in einer Gefälligkeit von 0,6 Prozent anlegen konnte, wird natürlich von den Knielinger Westendlern als unter ihrer Würde gänzlich ignoriert.

Von dem Hoggelstade aus tritt die Eisenbahn zwischen einer Häuserreihe hindurch in die Niederung und wendet sich in einem Doppelbogen von 2000 Fuß Halbmesser wieder der Landstraße zu, mit welcher sie, Seite an Seite und in scheinbar gemüthlicher Eintracht wandelnd, den Ufern des Rheines zustrebt. Doch diese Eintracht ist nur scheinbar, und wenn wir die Sprache der Straße und das Flüstern der Pappelbäume verstehen könnten, so würden wir vernehmen, wie die Allee die Eisenbahn mit bitterem Verwüthen empfangt.

„Falsche Berrätherin“, so ruft die Straße, und schüttelt vor Unwillen ihre Pappeln, „ist das der Lohn für mein Vertrauen und meine Hingebung? Ist das der Dank dafür, daß ich dir erlaubte, dich fest an mich anzuschmiegen und an meiner grünen Seite zu wandeln? Und nun willst du mich meines schönsten Schmuckes, meiner Pappeln, berauben? Ist ein Frauenzimmer, und nicht pappeln? Und wenn ich auch nur ein Knielinger Frauenzimmer bin, was bin ich denn ohne Pappeln?“

(Fortsetzung folgt.)

* Am 18. Okt. hat in Mainz die feierliche Enthüllung des Schiller-Denkmal's stattgefunden. Ein Enkel des großen Dichters, Ludwig v. Gleichen, wohnt dem Feste bei, das bei der allgemeinen Theilnahme sehr großartig ausfiel.

jeden einzelnen Paragraphen der Verfassung einzutreten; es handle sich nur um die Aufstellung derselben als Grundlage für einen einheitlichen Staat. Auch soll die Reichsverfassung nicht in einem bestimmten Zeitpunkt in Ausführung gebracht werden; dazu müsse der Anstoß durch die Verhältnisse gegeben werden; man könne nichts thun, als sich auf den geeigneten Moment vorbereiten und das zu erreichende Ziel offen proklamieren.

Dr. Pfeiffer erklärte sich von der gegebenen Erklärung befriedigt und wird der Resolution zustimmen. — Die Versammlung genehmigte einstimmig die vorgeschlagene Resolution:

Die in Bremen versammelten Mitglieder des Nationalvereins aus Nordwest-Deutschland erklären ihre volle Zustimmung zu dem Beschluß der Koburger Generalversammlung vom 6. Okt. über die Reichsverfassung und fordern zugleich alle Vaterlandsfreunde auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln auf die deutschen Regierungen und Volkswertreter dahin zu wirken, daß der deutsche Bundesstaat auf Grund der Reichsverfassung ins Leben trete.

Zu dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung, Zollvereins-Angelegenheit, übergehend, wurde folgende Resolution angenommen:

- 1) So lange die bundesstaatliche Einigung Deutschlands nicht verwirklicht ist, muß wenigstens die durch den Zollverein geschaffene tatsächliche Gemeinschaft der materiellen Interessen erhalten werden.
- 2) Auf dem Wege der bloßen Erneuerung der bestehenden Zollvereins-Verträge ist die Erhaltung und entsprechende Ausbildung jener Gemeinschaft nicht zu erreichen.
- 3) Vielmehr bedarf es zu dem Ende einer engeren Vereinigung der Vereinsstaaten, einer gemeinschaftlichen Zentralbehörde und Volkswertreter.
- 4) Die versammelten Mitglieder des Nationalvereins in der jetzigen Zollvereins-Krisis eine günstige Gelegenheit, um mit Erfolg auf die Begründung eines deutschen Bundesstaates hinzuwirken.

Hierauf verliest der Präsident folgende, auf den letzten Gegenstand der Tagesordnung bezügliche Resolution:

An das preussische Abgeordnetenhaus. Die zu Bremen versammelten Mitglieder des Nationalvereins aus dem nordwestlichen Teile Deutschlands, in dem vollen Bewußtsein des gewichtigen Einflusses, den die innere Zustände des preussischen Staates auf das ganze politische Leben des deutschen Staates ausüben, und überzeugt, daß die Wahrung verfassungsmäßiger Rechte nicht nur ein Verdienst um den zunächst beteiligten Einzelstaat, sondern auch um das ganze übrige Deutschland ist, fühlen sich gedrungen, dem preussischen Abgeordnetenhaus für seine umsichtige und verfassungstreuere Haltung in der durch die Militärfrage herbeigeführten Krisis ihre volle und freudige Anerkennung auszusprechen, und beantragen den Ausschuß der bremischen Vereinsmitglieder, diese Erklärung im Namen der Versammlung an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu übermitteln.

Diese Resolution wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Berlin, 21. Okt. Sr. Maj. der Königin empfing heute wieder fünf Deputationen aus verschiedenen Landesteilen, welche Loyalitätsadressen überreichten. — Mehrere Blätter sprechen von einer angeblich nahe bevorstehenden Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser Napoleon. Wie uns mit voller Bestimmtheit versichert wird, entbehren alle in dieser Beziehung umlaufende Gerüchte jeder tatsächlichen Begründung. — In einigen Wochen trifft J. M. die Königin hier wieder ein. Der Kronprinz und die Kronprinzessin werden vor dem Weihnachtsfeste in Berlin wieder anlangen. — Heute früh ist der Finanzminister v. Bodelschwingh auf acht Tage nach der Provinz Westphalen abgereist. Auch mehrere andere Kabinetsmitglieder werden demnächst noch kurze Erholungsreisen antreten. — Einige Berliner Korrespondenten auswärtiger Blätter sprechen von Diktierungen und andern außerordentlichen Maßnahmen, die in kurzer Zeit zu erwarten sein sollen. Namentlich ist die Rede von der angeblichen Diktierung eines neuen Wahlgesetzes. Diesen Gerüchten wird in den hiesigen Regierungskreisen mit aller Entschiedenheit widersprochen. Insbesondere stellt man auch in Abrede, daß die Regierung irgendwie gesonnen sei, die Ueberwachung der Presse und des Vereinswesens im Wege der Ausnahmemaßregeln über die Grenzen der bestehenden Gesetze hinaus zu erweitern. — In der ersten Hälfte des Monats November werden in sämtlichen Provinzen der Monarchie die Provinzial-Landtage zu Beratungen zusammentreten.

Breslau, 19. Okt. Die heutigen Zeitungen veröffentlichen folgende von Männern der Fortschrittspartei und der konstitutionellen Partei unterschriebene Erklärung:

Das Abgeordnetenhaus hat den schweren Kampf für die gescheiterte Verfassung im Bewußtsein seines Rechts entschieden und befohlen geführt. Das Abgeordnetenhaus hat den Dank des Vaterlandes verdient. Unsere Pflicht ist es, in Gemeinschaft mit dem Abgeordnetenhaus die Verfassung, das Bollwerk unserer Freiheit, mit allen gesetzlichen Mitteln weiter zu verteidigen.

Wien, 19. Okt. (Südd. Ztg.) Die Uebersicht der gegenwärtigen Finanzlage Oesterreichs, welche der Finanzminister gestern der Wiederholung seiner Steuererhöhungsvorläge vorausschickte, hat unlängbar einen guten Eindruck gemacht, obgleich sie so überraschend günstig lautet, daß man vielleicht gut thun wird, nicht alle Zahlen, welche Hr. v. Plener zu gruppieren verstanden, ohne weiteres für bare Münze zu nehmen. Die Versicherung, daß die beantragten Erhöhungen gleich nach der Reform der direkten Steuern wieder in Wegfall kommen würden, ist Tand, denn diese Reform der direkten Steuern bedeutet eben nichts Anderes als ihre Erhöhung. Der Herdofuß zeigt sich endlich auch etwas sehr deutlich in dem Ansinnen, daß die jetzigen Erhöhungen nicht bloß auf ein Jahr, sondern gleich auf drei Jahre bewilligt werden sollen, und der Reichsraih dürfte schwerlich geneigt sein, in dieser Weise die Schnüre des Geldbeutels sich aus der Hand winden zu lassen.

Wien, 19. Okt. Die „Presse“ schreibt: „Mit Rücksicht auf die nach Frankfurt zum 28. v. einberufene große deutsche Versammlung fand gestern in Wien abermals eine Konferenz der österreichischen Teilnehmer statt. Etwa zwanzig Personen fanden sich im Marschallhof zusammen,

um über die in Frankfurt zu beobachtende Taktik zu beraten. Unter den Anwesenden waren die Abgeordneten Brinz, Doblhoff, Tinti, Mende, ferner Prof. Unger, Prof. Lorenz, Ministerialrath v. Sommaruga, die Advokaten Dr. Benedikt und Dr. Egger, die Privatdozenten Tomasek und Krämer, u. m. A. Es wurde eine Anzahl von Zuschriften aus Süddeutschland verlesen, und die Versammlung einigte sich etwa in der Erklärung, eine Bundesreform und namentlich eine nationale Vertretung am Bunde sei ein für Deutschlands Machtstellung und seine Vertretung nach außen unerlässliches Bedürfnis; die Versammlung erblicke in den Propositionen der acht deutschen Regierungen einen jenen Bedürfnis entgegenkommenden, entwicklungsfähigen Anfang, und besäure insbesondere die baldigste Einführung der Delegirtenversammlung, als eines organischen, weitere Entwicklung versprechenden Instituts. Das Projekt der Errichtung eines Bundesgerichts jedoch in der vorgeschlagenen Form lehnte die Versammlung ab. Die Resolution scheint der Meinungsäußerung sämtlicher Teilnehmer an der Versammlung gewesen zu sein, mit einer einzigen Ausnahme jedoch. Der in der Versammlung zum ersten Mal erschienene Prof. Unger nämlich legte dar, die Reformvorschlüge, welche die Versammlung empfiehe, seien weit entfernt, den Wünschen der deutschen Nation volle Rechnung zu tragen. Die vorgeschlagene Delegirtenversammlung möge immerhin angenommen werden, allein sie sei sofort und einzig allein zu dem Zwecke einzuberufen, um mit den Regierungen über die wirkliche Bundesreform in Verhandlung und Beratung zu treten; es solle diese einberufene Versammlung nicht die in Aussicht genommene Delegirtenversammlung ad hoc mit der alleinigen Befugnis zur Beratung eines gemeinsamen Zivilprozesses und eines Obligationenrechtes sein, sondern es möge ihr sofort jene weitergehende Befugnis übertragen werden, die Graf Nechberg für eine spätere, die Exekutiv mit den Regierungen theilende Delegirtenversammlung vorbehalten wissen wollte.

Diese weitergehende Motion Unger's scheint, so plausibel dieselbe einzelne Mitglieder fanden, doch auf entscheidenden Widerspruch gestoßen zu sein. An der durch die Motion veranlaßten Diskussion beteiligten sich namentlich Brinz, Tinti, Fröbel, Sommaruga, Lorenz, Benedikt u. A. In welchem Sinne diese sprachen, darüber wurde uns keine Mittheilung; mit allem Grunde jedoch darf man vermuten, daß sie sich sämtlich gegen diesen weitergehenden Vorschlag erklärten; die Ablehnung des letzteren schon spricht hierfür. Die Theilnahme des Professors Unger an der Frankfurter Versammlung ist in Folge dessen eine sehr zweifelhafte.

Ueberhaupt lichten sich die Reihen derjenigen, die nach Frankfurt zu gehen geneigt waren, immer mehr. Wir erfahren, daß die Mehrzahl derjenigen Mitglieder, welche die Einladung unterzeichneten, ihren Entschluß, nach Frankfurt zu gehen, aufgegeben haben, und es soll die Theilnahme der Abgeordneten Dr. Mühlfeld, Baron Ingram, Dr. Hasmann, v. Kothorn u. s. w. höchst zweifelhaft geworden sein. Die Dauer der Frankfurter Versammlung selbst ist vorläufig auf einen Tag festgesetzt, was jedoch eine weitere Ausdehnung derselben, wenn die Nothwendigkeit sich ergeben sollte, nicht behindert. Als wahrscheinlichen Präsidenten der Versammlung hören wir den Grafen Hegnenberg-Dur bezeichnen.

Wien, 19. Okt. Ueber die Besprechung in Graz entnehmen wir der „Gr. Tagesp.“ noch folgenden ausführlichen Bericht:

Dr. Schönerer eröffnete die Besprechung mit einem Rückblick auf die Pfingstversammlung in Frankfurt und deren Beschluß, einen Abgeordnetenentag zu veranstalten, und erwähnte der Bedenken, welche ihn und Professor Brinz abgehalten, ohne Rücksicht an denselben Theil zu nehmen. Auch nach Weimar zu gehen sei den Deutsch-Oesterreichern nicht möglich gewesen, schon um des Programms willen, und weil man fürchtete, daß dort den Interessen Deutsch-Oesterreichs nicht Rechnung getragen werde. Gleichzeitig wäre von anderer Seite der Gedanke angeregt worden, in Frankfurt a. M. eine Versammlung abzuhalten, welche zu jener von Weimar ein Gegengewicht bilden sollte. Dr. Nechbauer verlas nun Briefe von Probst in Stuttgart, Professor Geßler in Tübingen, und Moritz Mohl, die sich theils für, theils gegen eine Beschickung der Frankfurter Konferenz erklärten, und stellt hierauf die Frage, ob es die anwesenden Herren nach ihrem Standpunkt und ihrer politischen Anschauungsweise gerathen finden, sich an der Frankfurter Versammlung zu beteiligen. — Dr. Schönerer glaubt, daß es sich weniger um die Erklärung handle, ob man an der Frankfurter Versammlung Theil zu nehmen gesonnen sei oder nicht, sondern ob man das Gelingen billigen, unterstützen, ermuntern solle; und darüber sich anzulassen, sei Aufgabe der Besprechung. Er von seinem Standpunkt sei gegen eine Beteiligung; denn wenn man die Sache genau ins Auge fasse, so nehme sie unverkennbar eine gewisse reaktionäre Färbung an, und es wäre daher nur mit gutem Grund zu fürchten, daß die deutsche Bundesreformfrage auf die lange Dank zu schieben verurtheilt werde. Es soll sich daher die entschiedene liberale Partei entweder ganz reservirt verhalten oder gegen Beschlässe Protest einlegen, die der Freiheit des Volkes nichts weniger als zuträglich erschienen. — Graf Gleispach sprach sich dahin aus, daß die Frankfurter Konferenz von Oesterreichern zu beschicken sei, da die praktisch ausführbare Delegirtenversammlung, wenn sie auch nicht alle Wünsche befriedige, dennoch darnach angethan erscheine, die politische Einigung Deutschlands anzubahnen. Auch seien die Vorwürfe von einer ultramontanen und aristokratischen Parteifärbung der Begünstiger der Frankfurter Konferenz nicht ganz gerechtfertigt, da sich unter den zu derselben einladenden Männern Viele von unzweifelhaft liberaler Gesinnung befänden. — Wilhelm betont vor Allem die Frage, ob die Versammlung in Frankfurt a. M. das Mittel zur Erreichung des Zieles sei, welches jedem Deutsch-Oesterreicher vorzöge, steht aber schon in der Befürwortung dieser Versammlung durch Männer wie Nechberg, Deuß, Borries, die schwerlich geneigt sein werden, etwas Preisgebendes für Deutschland zu thun, daß jede bessere Hoffnung in dieser Richtung enttäuscht werde, und setzt daher kein Vertrauen auf die Delegirtenversammlung und das projektirte Bundesgericht. — Dr. Schönerer bemerkte, es müsse Klarheit darüber herrschen, ob Deutsch-Oesterreich an einer Neugestaltung Deutschlands Theil nehmen könne. Man könne sich unbedeutend dafür aussprechen. Dann wies er auf die Reformanträge Oesterreichs und der sogenannten Würzburger Regierungen hin, welche die Einsetzung eines Bundesgerichts und eine Delegirtenversammlung befürworteten, fragte, ob dies der richtige Weg sei,

auf welchem Deutschland hoffen könne, zur Einigung und zu einer freieschließlichen Gestaltung zu gelangen, und hielt sich überzeugt, daß der von den Regierungen eingeschlagene Weg für das Volk nur ein Abweg sei; daß die Delegirtenversammlung, als den Kammeren eingenommen und nicht vom Volke gewählt, auf diese Weise zu einer Vertretung bevorrechteter Klassen werde, und daß auch das Bundesgericht freieschließlich sei. Er sehe in diesen Projekten ein schriftliches Zurückweichen vor dem mächtigen und berechtigten Drang des Volks nach Einigung, und spricht zuletzt in berebten Worten seine Meinung dahin aus, daß das Erscheinen liberaler Männer in Frankfurt nur den Zweck haben könnte, zu protestiren; daß aber ein solcher Protest, um wirksam zu sein, von einer beträchtlichen Minderheit getragen sein müsse. Er für seine Person ziehe es vor, gar nicht nach Frankfurt zu gehen. — Auch von anderer Seite wurde mit gewichtigen Argumenten für die Nichtbeschickung der Frankfurter Konferenz plaidirt. — Zum Schluß einigte man sich dahin: die Frankfurter Konferenz sei weder zu unterstützen, noch solle man von liberaler Seite an derselben Theil nehmen.

Italien.

Turin, 17. Okt. (Köln. Ztg.) Man hat sich wohl vorgestellt, daß die Ernennung des Hrn. Drouyn de L'Huy's einen panischen Schrecken in Turin erregen würde, sowohl des Verlustes wegen, den die italienische Sache durch den Abgang des Hrn. Thouvenel erleidet, als der Drohung wegen, welche in der Ernennung des Hrn. Drouyn de L'Huy's liegen soll. Man ist aber in letzterer Zeit so abgehärtet hier geworden, daß die Meldung dieses an und für sich wichtigen Ereignisses weiter nichts als eine ziemlich Sensation ohne vorherrschenden Beigeschmack von Furcht und Enttäuschung herbeigerufen hat. Man fängt mehr und mehr an, mehr auf sich, als auf Andere zu zählen, um endlich einmal festen Boden unter den Füßen zu gewinnen. Man mag sich verrechnen, die eigene Kraft und die fremde Hilfe unrichtig abschätzen; allein das steht fest, daß jede Illusion in Bezug auf den großmächtigen Allüren wie Nebel schwindet, ohne daß jedoch leider der eigene Hintergrund sich tröstlicher aufstellt. In den ministeriellen Kreisen mußte man den Schlag, oder den Fußtritt, oder wie man es nennen will, am empfindlichsten fühlen; aber gerade da sieht man so zuverläßliche Gesichter, daß man wohlwiegend den Glauben an ihre Aufrichtigkeit verlieren muß. Die „Discussion“ vor Allem sucht dem Wechsel alle politische Bedeutung abzuspüren, sie sieht eine kleine Dekorationseränderung, hinter welcher ewig geheimnißvoll der kaiserliche Wille sich birgt. Sie hofft sogar, und scheut sich nicht, es auszusprechen, daß man gerade im entscheidenden Augenblicke von dem Kaiser das Entgegengelegte von Dem, was seine offiziellen Maßregeln andeuten sollen, erwarten dürfe!

Turin, 19. Okt. Man meldet der „France“: Die Minister sollen in einem am 18. abgehaltenen Rath beschloffen haben, ihre Posten zu verlassen, und sich nicht von der französischen Politik zu trennen. Demzufolge werde das Parlament in kurzer Zeit zusammenberufen und ihm offen die Lage der Dinge dargestellt werden; man werde außerdem die Gründe entwickeln, die der Nation nicht gestatten, Rom zur Hauptstadt zu haben, bevor sich Italien nicht direkt mit dem Papstthum verständigt hat, was nur ein Werk der Zeit sein könne, und den Vorschlag machen, den Sitz der italienischen Regierung nach Florenz zu verlegen. Nach dieser Berathung sei das über die Entlassung des Hrn. Cattazzi und seiner Kollegen in Umlauf gesetzte Gerücht verschwunden.

Turin, 20. Okt. Man schreibt der Pariser „France“: daß sich das Turiner Kabinett in großer Rathlosigkeit befinde. Es lasse durch seine Blätter erklären, daß Nichts in der Lage der Dinge verändert sei, und wisse doch durch die Mittheilungen seines Vertreters in Paris, daß das Gegenheil wahr sei. Die Kammeren sollen gegen Mitte November zusammentreten. Anfänglich sollte die Eröffnung am 5. stattfinden, allein Cattazzi wollte vorher die Besichtigungen erfahren, welche Hr. v. Sartiges erhalten würde. — Der Zustand Garibaldi's löst ernste Besorgnisse ein. Zwei berühmte Aerzte, die ihn früher schon gesehen hatten, wurden neuerdings zu ihm gerufen. Sie erklärten, daß nach ihrer heutigen Ansicht die Kugel in der Wunde geblieben sei. Die Wunde hat eine hartnäckige, sehr schmerzhaftes Geschwulst hervorgebracht, und man befürchtet gefährliche Zustände. Fortwährend strömen viele Besucher, namentlich Engländer, in Turin an zu kommen.

Turin, 20. Okt. „Wie kommt man nicht nach Rom?“ Unter dieser Ueberschrift enthält die „Discussion“ heute einen Artikel, welcher Capour's Befahren in der römischen Frage beleuchtet und daran erinnert, wie Nicolsi bis zum letzten Augenblick und selbst, nachdem er sich mit dem Kaiser der Franzosen überworfen, das Land unaufrichtig in der Hoffnung gewiegt habe, daß Rom binnen kurzem geräumt werden würde. Hierdurch sei Cattazzi anfänglich genöthigt gewesen, dieselbe Straße zu wandeln; seine Schuld sei es nicht, wenn man zu viel erhofft habe; jetzt könne man nicht durch eine Ministerkrisis, sondern im Gegentheil durch das Zusammenhalten aller Fraktionen der gemäßigten-liberalen Partei Italien die Stärke und das moralische Ansehen verleihen, auf Grund deren ihm Frankreich und Europa vollständige Gerechtigkeit würden widerfahren lassen.

Frankreich.

Paris, 21. Okt. Der „Moniteur“ berichtet heute über den gestern stattgehabten Empfang in feierlicher Audienz des neuen türkischen Gesandten Djemil Pascha, welcher seine Beglaubigungsschreiben, die Abberufungsschreiben seines Vorgängers Dely Pascha, sowie ein Danfschreiben des Sultans für den ihm verliehenen Orden der Ehrenlegion überreichte. In der Antwort des Kaisers auf die Auerde des ottomanischen Gesandten bemerkt man folgende Stelle: „Sie können Sr. Maj. dem Sultan sagen, daß seit seiner Thronbesteigung ich sein loyales und muthiges Verhalten mit dem lebhaftesten Interesse verfolgte, und daß ich den von ihm unternommenen Reformen von ganzem Herzen Beifall zollte.“ — Außerdem veröffentlicht der „Moniteur“ ein kaiserliches Dekret von gestern womit der bisherige bevollmächtigte Minister an den Höfen von Hannover und Mecklenburg, Baron v. Malaret, an

Stelle des „zu andern Funktionen berufenen“ Baron v. Falleyrand...
Der Kaiser empfing in St. Cloud den Admiral Roze, um von ihm mündlich Aufschlüsse über die Zustände in Mexiko zu erhalten.
Der Kriegsminister empfing Depeschen des Generals Voencez vom 5. Septbr. Diese Depeschen enthalten, wie der „Moniteur“ heute lafentlich sagt, nichts Neues nach dem Bericht des Admirals Roze.
General Forey war zu Vera-Cruz erwartet; der Feind hatte sich nirgends gezeigt.
Die Nachrichten über das Befinden Garibaldi's sind so ungünstig, daß eine Rettung kaum zu hoffen ist und mai die Nachricht von seinem Tode gewärtigen muß.
Garibaldi selbst scheint dies zu fühlen und ließ seinen Freund, den Dr. Bertani, zu sich nach Barignano rufen; dieser rief zur Amputation. Die Ärzte fürchteten jedoch, daß es zu spät sei.
Der Ruf Garibaldi's: „Rom oder der Tod“ scheint sich erfüllen zu sollen.
Italiener, namentlich wenn sie aus England kommen, werden hier scharf überwacht.
Der italienische Deputirte Petrucci della Gattina (Neapolitaner, äußerste Linke), welcher gestern aus London, wo er an den antinapoleonischen Meetings Theil genommen hatte, in Paris eintraf, erhielt sofort von der Polizei Verweisung, Frankreich zu verlassen.
Der Verweigerung des Hrn. v. Nizza gelang es nur schwer, für den erkrankten Mann eine 24stündige Frist zu erlangen.
Die Gerichte vom Rücktritt des Hrn. v. Persigny hören nicht auf; jene vom Rücktritt des Hrn. v. Fould und Rouher tauchen von neuem auf.
Unter den nach Compiegne eingeladenen nennt man den bonapartistischen Akademiker Hrn. St. v. Beauve.
Der Staatsrath wird nächsten Freitag unter Vorsitz des Kaisers über die Freigebung der Bäckerei beraten.
Die Freigebung der Metzgerei bekam der Stadt Paris nicht gut; das Fleisch ist seitdem theurer und schlechter.
Dem Grafen Kisseleff hat der Kaiser als besonderes Zeichen seiner Hochachtung die Insignien der Ehrenlegion in Brillanten übergeben; Graf Kisseleff ist Großkreuz dieses Ordens seit dem 10. Mai 1859, Tag der Abreise des Kaisers nach Italien.
Der König von Württemberg wird auf Anfang November in Nizza erwartet.
Dem Bernheim nach hat der Kammerherr des Kaisers, Graf Rogor de Riancourt, seinem Leben durch 2 Pistolenschüsse ein Ende gemacht. Man schreibt diesen Schritt Vörsenverlusten zu.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Okt. (N. Fr. Ztg.) Schon gestern sah „Hädeland“ sich genöthigt, das unangenehme Eingeständniß zu machen, daß der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Russell, der diesseitigen Regierung eine Depesche habe überreichen lassen, in welcher er seine Ansichten über diejenige Maßnahme, welche der dänischen Regierung behufs einer Ausgleichung des deutsch-dänischen Streits zu empfehlen sein dürften, in einer von der dänischen Auffassung sehr abweichenden Weise darlegte, und dabei unter Anderem die Aufhebung der Gesamtverfassung vom 2. Okt. 1855 auch für Schleswig befürwortete.
Doch glaube das genannte Blatt zur Verhütung seiner Leser versichern zu dürfen, daß die Sache durchaus keine weitere Bedeutung habe; Graf Russell, über welchen bei dieser Gelegenheit allerhand spöttische Bemerkungen gemacht werden, habe offenbar, statt sich eigene Kenntniß von den streitigen Punkten zu verschaffen, in Koburg oder sonstwo deutschen Einbläsern sein Ohr geöffnet, und werde wohl schwerlich in Wien und Paris für seine Vorschläge geneigte Aufnahme gefunden haben; an letztem Orte um so weniger, da man dort wegen der römischen Frage auf England nicht gut zu sprechen sein dürfte.
Wenn also die dänische Regierung Lord Russell's Rathschläge höflich, aber bestimmt ablehnt, wie dies auch bereits geschehen sei, so werde das Vermittlungsprojekt, „nämlich wirkungslos zu Boden fallen.“
Heute machen nun „Dagbladet“ und die „Berlingske Tidende“ wenige weitere auf die Sache bezügliche Mittheilungen; die indessen für dänische Leser nicht eben sehr tröstlich klingen dürften.
Wie das ersigennannte Blatt meldet, befunden die von dem Grafen Russell ausgesprochenen Ansichten eine „Dänemack sehr ungünstige Auffassung“ der deutsch-dänischen Streitfrage.
Die betreffende Depesche, die vom 24. Sept. datirt, sei in Paris, Wien, Berlin, Petersburg und Kopenhagen, aber nicht in Stockholm mitgetheilt worden, und empfehle u. A. Aufhebung der Gesamtverfassung in Betreff Schleswigs, wogegen dieselbe für das Königreich allein fortbestehen könne, ferner Uebertragung der gesetzgebenden Macht in den gemeinsamen Angelegenheiten an die besonderen Landesvertretungen (Stände von Schleswig-Holstein u. s. w.), ein von den vier Volksvertretungen angenommenes Normalbudget auf 10 Jahre, eine durchgeführte Selbständigkeit für Schleswig und so weiter.
Dieses „und so weiter“ zeigt an, daß jedenfalls noch einige andere Forderungen gestellt worden sind, und wir glauben gut berichtet zu sein, wenn wir hierzu auch noch Forderungen in Betreff der Spracheskripte für Schleswig zählen.
„So weit wir wissen“, sagt „Dagbl.“ weiter, „ist die Antwort unserer Regierung auf diese merkwürdige Depesche bereits von hier abgegangen; sie enthält eine unbedingte Ablehnung des ganzen Gedankens, welcher der von Lord Russell vorgeschlagenen Lösung zu Grunde liegt.“
Der offiziellen „Berlingske Tidende“ zufolge ist die Erwiderung des diesseitigen Kabinet's vorgestern von hier abgegangen und enthält u. A. die Erklärung, „daß es jeder dänischen Regierung unmöglich sein würde, eine Ordnung zu treffen, wie die, welche Graf Russell geplatzt habe, empfehlen zu müssen.“
Gegen die Wahrscheinlichkeit dieser Er-

klärung lassen sich nun allerdings erhebliche Bedenken geltend machen, wie schon aus dem Umstande zu ersehen ist, daß „Hädeland“ den Grafen Sponneck, der von 1848 bis Dezember 1854 Mitglied der dänischen Regierung gewesen ist, nicht undeutlich bezieht, daß er bei seiner neulichen Anwesenheit in England Männern, die mit dem Grafen Russell in Verkehr stehen, Ansichten vorgetragen haben möge, die den in der Russell'schen Depesche ausgesprochenen ähnlich sein dürften.

Großbritannien.

London, 20. Okt. Die Wochenblätter sind voll von Erörterungen über die preussische Verfassungsfrage, meist mit solchen Schärpen, daß Vieles nicht übersehbar ist. Einige Stellen in etwas milderem, oder von uns gemilderten Tönen mögen indessen folgen. Der „Spectator“ sagt u. A.:

Berlin bedroht Europa. Die preussische Regierung hat ihren Staatsstreik gemacht und für den Augenblick die Partise gewonnen. Es ist ein deutscher 2. Dezember durch Epifindigkeiten anstatt durch Bayonnette vollführt, und unvollständig und unlogisch, wie das Meiste, was Deutschland thut (1), aber es entspricht seinem Zweck. Die Verfassung ist nicht aufgehoben oder mit Aufhebung bedroht, sondern ruhig in Geltung geblieben, wie ein Meiner, der unertuglich störend geworden ist. Es liegt in dem Verfahren, obgleich es ziemlich deutsch ist, eine Gewandtheit, die dem Kopf des neuen Ministers zur Ehre gereicht. Wir haben leider viel Grund zu fürchten, daß das Mandat für diesmal glücken wird. Der Kampf ist jetzt vom Parlament auf das Volk übertragen, und das Volk in Preußen ist kaum so weit, hier verfassungsmäßige Rechte zu verteidigen. (1) Es stehen ihm zwar Vertheidigungsmittel zu Gebote, aber die Nation ist seit Menschengedenken getrübt, an Geduld und Nachsicht gegen die Regierung gewöhnt, und will, während sie nach Freiheit strebt, doch nicht mit ihrer Vergangenheit brechen. Und obgleich der Staatsstreik ihre Freiheit abschafft, ist er doch nicht jener Art, welche die Menschen zur Verzweiflung treibt; er legt keine neuen Steuern auf, und ist nicht von Gavenne-Drohungen begleitet. Die Staatsmaschine, fürchten wir, wird ruhig fortarbeiten und jedem Absolutisten freies Recht einlösen. Dieser Ausgang ist um so wahrscheinlicher, als Hr. v. Bismarck-Schönhausen nicht zu den alten Reaktionen, sondern zu den modernen Imperialisten gehört. Er weiß, daß es ein leichtes Spiel ist, eine Hauptleidenschaft gegen die andere auszuwählen. Durch Krieg möchte er die Nation vom Nachdenken über heimliche Dinge abziehen. Auch ist an seiner „Blut- und Eisen-Theorie“ etwas Wahres. Aber ein Kampf zur Einigung Deutschlands oder auch nur Norddeutschlands ist ein zu lächerliches Spiel; Hr. v. Bismarck hat sich einen leichteren Kampf, den mit Dänemark, erwählt.

Dänemack aber, sagt der „Spectator“, sei kein so schwacher Gegner, wie man zu denken pflege, zumal es ihm im Kampfe mit Preußen und Deutschland weder an Sympathien, noch an Bundesgenossen fehlen würde.

Einem Artikel der „Saturday Review“ entnehmen wir Folgendes:

Im Augenblick, wo die Steuern ohne Sanction der Kammern erhoben werden, wird der wirkliche Kampf beginnen. Die Preußen werden dann sehen, was ein konstitutioneller Kampf in Wirklichkeit ist, und es wird sich zeigen, ob sie den festen Entschluß haben, frei zu sein oder nicht. Es wird dies für Deutschs keine leichte Prüfung sein. Aber wenn die Preußen ausfallen und den Zwang ertragen, ohne vom passiven Widerstand abzulassen, müssen sie am Ende siegen. Es läßt sich aber auch erwarten, daß die Regierung nachgeben wird, ehe ein so ernstes Ding wie der passive Widerstand einer ganzen Nation eintritt; denn die Reaktion bringt Preußen vor den Augen Deutschlands und Europa's in merkwürdig lächerliche Stellung. Preußen ist auf die Stufe von Kurpfählen herabgesunken, gegen das es doch unlängst mit Mißthatengewalt einzugreifen drohte. Wenn Preußen nicht Verfassungen einführen und beschützen will, so kann man nicht sagen, daß es überhaupt etwas wolle. Es kann jetzt Dänemark kaum mehr mit Bescheidenheit und Protesten wegen Verfassungsfragen belästigen. Auch die Hannoveraner und Mecklenburger können keinen Grund haben, sich unter die direkte oder indirekte Botmäßigkeit einer Regierung zu wünschen, die solche Begünstigung von Verfassungen und Bestreuerbürgern hat u. s. w.

Auf mehreren Punkten Londons und der Umgegend erwartete man gestern neue Garibaldi-Papst-Kravalle, allein glücklicher Weise intervenirte ein unarmbrüger Regen zu Gunsten der Ruhe und Ordnung. In Hyde Park, wo die Polizei dieselben Vorsichtsmaßregeln wie vor acht Tagen getroffen hatte, verjammelten sich gegen 7000 Personen, darunter sehr viel Gefindel, und harte bis 5 Uhr Nachmittags auf eine Gelegenheit, mit der Polizei anzubringen. Bis auf die Haut durch näßt zogen die streitlustigen Massen dann allmählig ab. Ebenso ging es auf Blackheath zu. Und im Park von Greenwich, wo die Irländer die Mehrzahl bildeten, wurde ein junger Mann, der vom Papst gesprochen hatte, vom Pöbel gejagt und konnte sich mit Noth unter den Schutz zweier Policemen flüchten.

Die Schlägerei scheint übrigens in der Luft zu liegen. In Edinburgh haben Polizei und Militär sich, ohne alle religiöse oder politische Veranlassung, ein Treffen geliefert, bei dem recht bedeutende Verwundungen vorkamen.

Baden.

Bonn der A. B., 19. Okt. Auf der am 15. d. M. abgehaltenen evangelischen Konferenz in Durlach kam bekanntlich auch die Schulfrage zur Sprache, und wurde in Beziehung auf dieselbe ein Antrag des Defans Bittel angenommen, welcher den beiderseitigen Extremen gegenüber bei der Reform des Schulwesens nicht die Frage in den Vordergrund gestellt wissen will, wer die Schule als ausschließliche Domäne an sich zu reißen berechtigt sei, Staat oder Kirche, sondern daß die Rücksicht auf die intellektuelle und sittlich-religiöse Jugendbildung und Erziehung selbst vor Allem maßgebend sein sollte, und daß zu diesem Zweck ein gezieltes Zusammenwirken von Staat und Kirche erstrebt werden müsse. Zu diesem Antrag wurde ein Zusatz von Kirchenrath Dr. Schenkel gestellt, welcher nach einer Debatte, an der sich viele Mitglieder beteiligten, die jedoch an gegenseitigen Mißverständnissen litt, mit allen gegen etwa ein Dutzend Stimmen angenommen wurde. Der Antrag, dessen Bedeutung und verschiedene Zeitungserörterungen nicht ganz richtig angebrückt zu haben scheinen, lautet: Die Konferenz möge den Wunsch aussprechen, daß kein Christlicher, dem von

der gegenwärtigen Oberschulbehörde ein Schulamt übertragen wird, dasselbe zu rückweisen möge. Die Gegner dieses Antrages hatten denselben zum Theil offenbar dahin mißverstanden, daß er den bisherigen Visitatoren die Fortführung ihres Amtes zur Pflicht mache, welchen Wunsch Ph. Schellenberg von Mannheim nicht theilen zu können erklärte, vielmehr müsse man im Interesse der Schule recht sehr wünschen, daß das Beispiel der Visitatoren von Pforzheim und Durlach noch manche Nachfolge finde. Aber hierüber belag der Antrag von Schenkel gar nichts, indem er nur von Aemtern redet, welche der jetzige Oberschulrath in Zukunft übertragen wird, und gerade das ist offenbar die Absicht dieses Antrages, den Oberschulrath bei tendenziösen Niederlegungen solcher Aemter dadurch zu unterstützen, daß man es als Pflicht der den in Durlach vertretenen Grundrathen huldigen- den Geistlichen anerkennt, solche Aemter, welche bekanntlich nichts eintragen, als Arbeit und das Bewußtsein der Pflichterfüllung, anzunehmen. Aber es spielte auch noch eine andere, in einem demokratischen Blatte, wenn wir uns recht erinnern in der „N. Frk. Ztg.“, ausgesprochene Ansicht in die Debatte herein, nach welcher es Pflicht gerade der wahrhaft liberalen Geistlichen wäre, jetzt ihre Schulämter niederzulegen und keine solche anzunehmen, um die Oberschulbehörde zu zwingen, das Leistungsprojekt nichtgelehrter Visitatoren endlich einmal zur Ausführung zu bringen. Obwohl scheinlich die weit überwiegende Mehrzahl der Versammlung dem Wunsche zugestimmt haben würde, daß in dem erst noch zu schaffenden neuen Schulgesetz der Grundrath Anwendung finde, daß die Schulvisitatoren jedem Stande angehören können und keineswegs Geistliche sein müssen, so war doch die Konferenz offenbar der Meinung, daß es bis zur Schöpfung und Einführung des neuen Schulgesetzes das Gerathenste sein werde, bei dem bisherigen Gesetz und Wus zu bleiben, und jedenfalls von Seiten der Kirche hiegegen keinerlei Agitation zu unterstützen sei. So kam es, daß auch die wenigen, gegen den Antrag stimmenden Mitglieder ganz entgegengesetzten Richtungen angehörten und offenbar aus ganz entgegengesetzten Gründen gegen denselben stimmten. Der Sinn und die Bedeutung des Antrags selbst aber kann wohl nach dem Gesagten keinem Zweifel unterliegen.

Heidelberg, 21. Okt. Unter den ersten Ehrendoktoren, welche die Wiener evang.-theol. Fakultät kürzlich ernannt hat, befindet sich nach Wiener Blättern der hiesige theol. Prof. Hofmann.

Heidelberg, 22. Okt. Unsere Stadt hat heute einen recht festlichen Schmuck angelegt, um ein für ihre Zukunft bedeutungsvolles Ereigniß, die Eröffnung der ersten Abtheilung der Denkwärdigen Bahn, würdig zu begehen. Unsere Bahnhöfe, die Straßen und Häuser längs der ganzen, unsere Stadt berührenden Bahnlinie prangen mit bairischen und deutschen Fahnen; die Bahnhöfe selbst sind mit Laubwerk und einem Wald von flatternden Wimpeln umgeben.

Bülerschiffe und Musik verkündeten bald nach 8 Uhr die Ankunft unserer Karlsruher und Mannheimer Gäste, denen die hiesige Gemeinde in den Räumen des Bahnhofs ein Gabefestmahl bereitet hatte. Bald nach 9 Uhr setzte sich der Festzug mit seinen zwei geschmackvoll gezierter Lokomotiven und zahlreich besetzten Musikchören unter dem Zuzug und den Glückwünschen des Volkes in Bewegung. Um 1 Uhr wird der Festzug nach Mosbach gelangen, wo in drei Lokalen das Festessen stattfindet. Abends 6 Uhr werden die Gäste ihre Rückfahrt antreten.

Mannheim, 22. Okt. Das „Mannh. Journ.“ theilt das Programm des Schillerdenkmal-Festes mit. Darnach wird am 9. Nov. eine Versammlung der bairischen Zweigkammern der deutschen Schülerkammern abgehalten werden; die Redner sind Prof. Schäfer und Regisseur Dr. Wolff. Am Abend desselben Tages, mit einbrechender Dunkelheit, soll das Hauptfest durch Glockengeläute und Völlerschall eingeleitet werden, und gegen 6 Uhr ein großartiger Zug mit Fackeln und farbigen Laternen, unter den Tönen mehrerer Musikten, nach der Schillerlinde stattfinden, woselbst über die Bedeutung der Feier gesprochen und hierauf die Kettenbrücke und das diesseitige Ufer mit bengalischer Feuer beleuchtet werden soll. Nach Verlauf dieses Aktes findet wie bereits mitgeteilt wurde — Festvorstellung im Theater statt. Am frühen Morgen des 10. Nov. durchziehen zwei Musikkorps die Straßen der festlich geschmückten Stadt, um den Freudentag anzukündigen. Die Ausstellung des Festzugs, welche zum mindesten 4 bis 5000 Personen zählen dürfte, findet auf dem Marktplatz statt und wird sich durch näher zu bezeichnende Straßen nach dem Schillerplatz, welcher von den Turnern freigehalten werden soll, bewegen. Nach Beendigung der Enthüllungsfeste und der Uebertragung des Standbildes an die Vertreter der Stadt findet — Mittags 11 Uhr — abermals Festvorstellung im Theater statt, hierauf in den verschiedenen Lokalfestlichkeiten, und Abends Illumination des Theatergebäudes, der Statue und aller am Schillerplatz gelegenen Gebäude. Dort werden während einiger Stunden mehrere Musikten — darunter wahrscheinlich eine bairische — Vorträge halten. Am Dienstag Abend abermals Festvorstellung im Theater.

Vermischte Nachrichten.

Der 18. Okt. ist diesmal an vielen Orten, namentlich von Turn- und Gesangvereinen, und wohl auch unter allgemeiner Theilnahme gefeiert worden. So in Stuttgart, Leipzig, Würzburg, Hannover, am Mittelrhein u. s. w.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. A. Fern. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 23. Okt. 4. Quartal. 114. Abonnementsvorstellung. Die Musketiere der Königin; komische Oper in 3 Akten, nach St. Georges von Grünbaum. Musik von Halévy.

Freitag, 24. Okt. 4. Quartal. 115. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: So papst's Lustspiel in 1 Akt, nach dem Französischen von Arnold Hirsch. Darauf: Frauenstärke; Lustspiel in 3 Akten, nach dem Französischen von Försler.

Sonntag, 26. Okt. 4. Quartal. 116. Abonnementsvorstellung. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg; große romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

Zp.155. Schopfheim. Entferrnen
Freunden und Bekannten widme ich die
traurige Nachricht, daß mein einziges
Kind Bertha in einem Alter von 20
Jahren nach langer schmerzhafter Krank-
heit heute gestorben ist. Ich bitte um stille
Theilnahme.
Schopfheim, den 20. Oktober 1862.
Gmelin, Amtsrevisor.

Zp.140. Offenburg.
Dörrobst.
Eine große Partie geschälte Apfelschnitz (von fei-
nen sauren Äpfeln) verkauft in kleinem und großem
Quantum zu billigen Preisen
Joseph Ronn
in Offenburg.

Zp.122.
Kunst-Ausstellungen.
Die vereinigten Kunst-Vereine in Bamberg, Passau, Regensburg, Wies-
baden und Würzburg veranstalten in den Monaten November und Dezember
1862, dann Januar bis August 1863 incl., gemeinschaftliche Ausstellungen
von 8- bis 14tägiger Dauer, unter den bekannten Bedingungen für die Einwendungen, von
welchen nur diejenige hervorgehoben wird:
daß alle Kunstwerke in den Monaten November 1862 bis Mai 1863
zuerst nach Passau oder nach Wiesbaden, in den Monaten Juni bis
August 1863 aber jedenfalls zuerst nach Wiesbaden einzusenden sind.
Die vereinigten Herren Künstler werden daher zu zahlreicher Einsendung ihrer
Kunstwerke eingeladen.
Z.o.739. Hamburg.

**Internationale
landwirthschaftliche Ausstellung in Hamburg.**
Das unterzeichnete Comité beabsichtigt im Juni 1863 in Hamburg eine internationale
Ausstellung von landwirthschaftlichen Erzeugnissen und Betriebsmitteln, namentlich
von Zuchtvieh aller Art, abzuhalten, und zwar unter Mitwirkung der deutschen Ackerbau-
Gesellschaft, soweit es die technische Ausführung betrifft. — An Prämien sind Pr. Thlr. 20,000 aus-
gesetzt. — Das Special-Programm ist bei dem Secretair des Comité's, Dr. Gerhard Nachmann in
Hamburg, vom 1. Dezember d. J. an auf portofreie Anfragen zu erhalten, und der Schluss-Termin aller
Anmeldungen auf den 1. März 1863 festgesetzt.
Hamburg, Oktober 1862.
Das Comité:
Ernst von Merck, Vorsitzender.

Z.o.892.I.
**Gründliche
Heilung der eingeklemmten Brüche. Sofortige Linderung.**
Herr Selwig, Mitglied der kaiserl. Akademie der Künste in Paris und der königl. Akademie in London,
kaiserl. französi. patentirter Brucharzt und Erfinder neuer anatomischer Bruchbänder, wodurch alle veralteten
oder eingeklemmten Brüche geheilt werden, ferner neuer Unterleibsbrüche, um das Verdrücken der Gebärmutter
zu verhindern, wird den 24. und 25. Oktober im Gasthof zum König in Karlsruhe, den 28. und 29. Oktober im Gasthaus zum Engel
in Freiburg, den 30. und 31. Oktober im Gasthaus zum Rothstein in Waldshut zu sprechen sein. Der Erfin-
der ist im Besitze mehrerer goldener und silberner Ehren- und Verdienstmedaillen, so wie mehrere hundert
Zeugnisse und Beweise, die zur Einsicht bereit liegen. Briefe werden schnellig beantwortet.
Arme werden stets unentgeltlich behandelt.

Z.o.131. Frankfurt a. M. Wie allseitig veröffentlicht, beginnen schon am
**19. November dieses Jahres die großen
Staatsgewinn-Verloosungen.**
Es finden sechs Ziehungen statt, nämlich: am 19. und 20. November, 17. Dezember,
14. Januar, 4. Februar, 25. Februar, und vom 25. März bis zum 20. April 1863, worin
14,811 Loose 14,811 Gewinne und Prämien erlangen müssen.
**Hauptpreise: fl. 200,000, 100,000, 50,000,
30,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000,
10,000, 6,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,000,
1,000 zc. zc.**
Diese unter Aufsicht und Garantie der obersten Behörde stehende Verloosung bittet man
nicht dem sogenannten Promessenpiel oder ähnlichen Unternehmungen gleich zu stellen.
Der Unterzeichnete erläßt die von der hiesigen Regierung ausgegebenen Original-
Loose, welche in allen obigen Ziehungen mitzuziehen, direkt den Theilneh-
mern, und zwar als erste Einzahlung, ganze Loose a fl. 6., Halbe a fl. 3., und Viertel a fl. 1.
30 fr. gegen Franco-Baarsendung oder Postnachnahme.
Pläne werden gratis übersandt, ebenso amtliche Ziehungslisten gleich nach jeder Ziehung.
Im Interesse der Abnehmer ersucht man, Bestellungen baldigst gelangen zu lassen an
Isidor Bottenwieser, in Frankfurt am Main.

Z.o.931. Frankfurt a. M.
Freiburger fl. 7 Anlehenloose.
**Gewinne: fr. 60,000, 50,000, 40,000,
30,000 etc.**
Ziehung am 15. Februar 1863.
Königl. Schwedische 10 Thlr. Loose.
Gewinne: Thlr. 25,000, 20,000, 18,000 etc. etc.
Ziehung am 1. November.
Für sichere und vortheilhafte Anlagen kleiner Kapitalien und Ersparnisse empfehlen wir
diese Staats-Anlehenloose zum Tagescourse und ertheilen jede zu wünschende Auskunft, sowie
Verloosungspläne gratis.

**Baß & Herz, Bank- und Wechselgeschäft
in Frankfurt a. M., Paradeplatz Nr. 2.**
Z.o.164. Königl. Schwedische 10-Thaler-Loose.
Ziehung am 1. November d. J.
Bei diesen Loosen werden die Hauptpreise von 25,000, 20,000, 18,000, 15,000, 10,000,
8,000 Thaler gezogen. Der kleinste Treffer beträgt 11 Thaler und kann nie am Kapital etwas verloren
werden. Originalloose sind couramäßig zu haben, sowie Loose über obige Ziehung a 1 fl. — 10 Stück 9 fl. bei
**Weismann & Mayer,
Bank- und Wechselgeschäft in Mainz.**

Zp.66. Karlsruhe.
Kellnergesuch.
In einem der ersten Hotels dahier kann ein Kellner,
welcher französisch spricht, wo möglich auch etwas
Englisch versteht, sogleich eine Stelle haben. Näheres
bei der Expedition dieses Blattes zu erfahren.

Commissstelle.
Zp.60. In ein Speereidetailgeschäft wird ein er-
fahrener Commis gesucht, der nebst Waarenkenntnissen
und Gewandtheit im Ladengeschäfte auch die Buch-
führung zu übernehmen im Stande ist.
Anmeldungen besorgt die Expedition dieses Blattes.
Zp.120. Karlsruhe.

Läden zu vermieten.
In der Ritter- und Langenstraße Nr. 155 sind
mehrere größere und kleinere Läden sogleich oder auf
den 23. Januar f. J. zu vermieten.

Französische Ostbahnen.

Die Gesellschaft der französischen Ostbahnen beehrt
sich hiermit das Publikum zu benachrichtigen, daß
vom nächsten 3. November an in ihren Hauptstationen
die fälligen Zinsen ihrer Aktien und Obligationen
acht Tage nach Hinterlegung der auf den Inhaber
lautenden Coupons oder der nominativen Certificate
ausbezahlt werden. Von demselben Zeitpunkt an lö-
nen auch unter den nämlichen Bedingungen und unter
Deduction von 4 Proz. jährlich die am 1. Dezember
1862 fälligen Zinsen ihrer Obligationen bezogen wer-
den. Die auf den Inhaber lautenden Coupons müs-
sen von den Inhabern numerisch geordnet eingereicht
werden, und mit einem von denselben aufgestellten
und unterschriebenen Verzeichnis begleitet sein. Ein
von dem Stammregister ausgehender Empfangschein,
welcher nur von den Bahnhofsverwaltungen ausgehändig
werden kann, macht allein die Compagnie haftbar.
Derselbe muß bei der Auszahlung zurückgegeben und
zugleich Quittung auf einem besonderen Mandat aus-
gestellt werden. Für Deutschland und die Schweiz
bedeuten wir vorzugsweise die zunächstgelegenen Sta-
tionen Straßburg, Weissenburg, Schlettstadt,
Colmar, Mühlhausen, Thann, Basel, Nancy,
Metz und Luxemburg.
Zp.146.

Heirathsantrag.

Ein junger Kaufmann aus sehr guter Familie, der
bereits ein Geschäft in einer Stadt des bad. Mittel-
rheingebietes besitzt, sucht auf diesem, immer allgemei-
ner werdenden Wege eine Lebensgefährtin, ein katholi-
sches Mädchen oder kinderlose Wittve. Gewünscht
wird, bei sanftem Gemüth, eine entsprechende Bildung,
sowie daß derselben einige Tausend Gulden frei zur
Verfügung stehen. Nichtanonyme, ernstlich gemeinte
Anträge erbittet man sich franco unter der Chiffre
G. H. Nr. 2525, abzugeben bei der Expedition dieses
Blattes, und wird größte Discretion mit dem Bemerkten
zugefügt, daß Briefe auf Verlangen zurückgeschickt
werden.
Zp.159.

Zp.126. Frankfurt a. M.
**Am 19. und 20. November
Große Staats-
Gewinne-Verloosung**
mit Hauptpreisen von: fl. 200,000,
100,000, 50,000, 30,000, 25,000,
20,000, 15,000, 12,000, 10,000,
6,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,000,
1,000 zc. zc.
Mehr als die Hälfte der Loose werden mit
Gewinnen gezogen.
Ganze Loose kosten 6 fl., halbe 3 fl., viertel
1 fl. 30 fr.
Pläne und Ziehungslisten gratis. Die Ge-
winne werden nach der Ziehung sofort anbe-
zahlt.

**Franz Fabricius,
Staats-Effekten-Handlung
in Frankfurt am Main.**
Z.o.815. Emmendingen.
**Wirthschaftsverkauf oder
Verpachtung.**
Die Erben des verstorbenen
Lohnwirths Wagner ba-
hier beabsichtigen am Don-
nerstag den 30. Oktober
d. J., Vormittags 10 Uhr,
auf dem Rathhause das zwei-
stöckige Wohnhaus mit Real-
recht zum „Löwen“, sammt Nebengebäude, Scheuer,
Weg und sonstiger Zugehörde, am Marktplatz ge-
legen, öffentlich zu Eigentum zu verkaufen oder auf
längere Jahre zu verpachten.
Emmendingen, den 9. Oktober 1862.
Karoline Wagner.

Leihhauspfänder-Versteigerung.

In dem Leihhaus-Bureau werden versteigert.
**Donnerstag den 23. Oktober d. J.,
Nachmittags 2 Uhr:**
Unterbetten, Pluften, Kissen, Garn, Schuhe, Stiefel,
Zinngefäße, Uhrgelassen, Regenschirme zc.
**Freitag den 24. Oktober d. J.,
Nachmittags 2 Uhr:**
Kleidungsstücke, Leinwand, Tuch, Rattum und sonstige
Ebenwaaren.
Karlsruhe, den 17. Oktober 1862.
Leihhaus-Verwaltung.

Zp.107. Versauerhof.
Viehversteigerung.
Müller Zahn aus dem Versauerhof
bei Kellingern, Amt Schwetzingen, läßt
Montag den 3. November d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
in seiner Behausung versteigern:
15 Kühe, worunter 5 Stück echte Nordholländer, die
übrigen 10 Stück Bastarde, theils tragend, theils
frischmelkend; 3 Häländer und 1 Schweizer Fasel
von 1/2 bis 2 Jahren; 21 Rinder von 1/2 bis 2 Jahren,
zum Theil tragend, darunter 4 fette Stiere; 5 Berde
von 3 bis 7 Jahren, 1 Hengst und eine tragende Stute,
1 Fohlen von 1 Jahr.
Versauerhof, den 20. Oktober 1862.
G. Zahn.

Zp.148. Nr. 316. Bruchsal.
Pferde-Versteigerung.
Am Donnerstag den 30. Ok-
tober d. J., Vormittags 10 Uhr, werden vor dem
Dragonerregiment in Bruchsal
18 ausrangirte Dienstpferde
und am selben Tag, Vormittags 10 Uhr, vor dem
Dragonerregiment in Rastatt
6 ausrangirte Dienstpferde
gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.
Bruchsal, den 21. Oktober 1862.
Berechnung
des (1.) Leib-Drägerregiments.
Kamm.
Zp.150. Königebach.

Jagdverpachtung.
Donnerstag den 30. d. Mts.
Mittags 2 Uhr, wird im Rathhause da-
hier die Jagd hiesiger Gemarkung, vom
2. Februar 1863 an, auf weitere 6 Jahre
in Pacht versteigert; wozu die Viehhäber
mit dem Anfügen eingeladen werden,
daß der Flächeninhalt ca. 4081 Morgen
beträgt.
Königebach, den 18. Oktober 1862.
Bürgermeisteramt.
Doll.
vdt. Fischele.

**Zp.161. Karlsruhe. (Holzversteige-
rung.)** Aus großer, Hordwald, Distrikt Reiskub-
schlag, werden mit üblicher Verzinsung am
Samstag den 25. d. M.
versteigert:
4875 forstene Wellen, 5 Loose Schlagraum.
Zusammenkunft auf dem Jagdsfeld-Eigenstein
Weg am Barthor, auf Jagdsfelder Seite, früh 9 Uhr.
Karlsruhe, den 20. Oktober 1862.
Großh. bad. Bezirksforstrei Eigenstein.
v. Kleifer.

**Zp.147. Nr. 17.486. Karlsruhe. (Dieb-
stahl und Fahnung.)** Unserm Ausschreiben
vom 19. d. Mts. haben wir noch nachzutragen, daß
ferner aus dem Keller
1 ziemlich großer Kleinfack ohne Bügel und Schloß
von Drills und
zwei Reitzzeuge
entwendet wurden.
Wir bitten, auch auf diese Gegenstände zu scharfen.
Karlsruhe, den 21. Oktober 1862.
Großh. bad. Stadtmagistrat.
v. Vincenzi.

Zp.139. Achem. (Aktuarstelle.) Bei dem
Amtsgerichte Achem ist die Stelle eines Aktuars so-
gleich zu besetzen. Gehalt 350 fl.

Frankfurt, 21. Oktbr. 1862.		Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
Destr.	Per compt.	Per compt.	Per compt.	Per compt.	Per compt.
5% Met. i. S. b. R.	—	Baden 4 1/2% Oblig.	100% P.	Dest. 250 fl. R. 1839	108 G.
5% do. in Holl. St.	—	4% do. do.	100% P.	250	1864 72 1/2 P.
5% do. 1852 i. Pfl.	77 1/2 P.	3 1/2% do. v. 1842	95 P.	100 Pr. 1858	125 1/2 P.
5% do. 1859	74 1/2 P.	G. Hess. 5% Oblig.	103 1/2 P.	500 v. 1860/1	73 1/2 P.
5% Lomb. i. S. b. R.	87 1/2 P.	4% do.	100 1/2 P.	Schwed. Rthlr. 102.	10 P.
5% Met. G. b. R. 1/2	77 1/2 P.	3 1/2% do.	97 1/2 P.	Bad. 50-fl.-Loose	103 G.
5% Nat.-Anl. 1854	66 1/2 P.	Nassau 5% Oblig. 5. Mts.	103 1/2 P.	35	55 P.
5% Met.-Obligat.	57 P.	4 1/2% do.	102 1/2 P.	Kurs. 40 fl. L. b. R.	57 1/2 P.
5% do. 1852 G. b. R.	57 P.	4% do.	100 P.	Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	137 1/2 P.
4 1/2% Met.-Oblig.	49 1/2 G.	3 1/2% do.	94 1/2 P.	25	39 1/2 P.
4% do.	—	Prüch. 4 1/2% D. b. R. à 105	92 1/2 G.	Nass. 25 fl. L. b. R.	33 1/2 P.
5% Oblig. v. Mts.	107 1/2 G.	Kurs. 4 1/2% D. b. R. à 28 fr. 6 G.	94 1/2 G.	Sch.-Lose 25 fl. L. b. R.	33 1/2 G.
4 1/2% do.	102 1/2 P.	Frankf. 3 1/2% Obligat.	99 1/2 P.	Card. 36 fr. L. b. R.	53 G.
4% do.	99 1/2 P.	Span. 3% infl. Schuld	84 1/2 P.	Nass. 45 fr. L. b. R.	34 1/2 P.
3 1/2% Staatsf.	91 P.	2% Schuld	44 1/2 G.	2 1/2 fl. Pr. D. b. R.	36 1/2 P.
Bayer. 5% 4. Emission	102 1/2 G.	Belgien 4 1/2% D. i. R. à 28 fr.	100 1/2 P.	Bereins-L. à 10 fl.	9 1/2 G.
4 1/2% 1-jährig	102 1/2 G.	Schw. 4 1/2% Obligat.	100 1/2 P.	Ansb.-Gummenz. L. 12 1/2 P.	—
4 1/2% 1-jährig	104 P.	4 1/2% Pf. b. S. & G.	98 1/2 P.		
4% 1-jährig	101 1/2 P.	Schw. 4 1/2% D. i. R. à 28 fr.	102 G.		
4% Abbl.-Rente	101 1/2 P.	4 1/2% Bern. St.-D.	101 1/2 P.		
3 1/2% do.	—	4% do.	94 1/2 P.		
4 1/2% Obl. b. Mts.	105 1/2 G.	5% Gf. St. D. à fl. 28	98 1/2 P.		
4% do.	104 1/2 P.	N.-Am. 6% St. i. D. à fl. 20	—		
3 1/2% do.	99 1/2 P.	5% do. 1871 u. 74	—		
Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.					
3% Frankfurter Bank	127 1/2 G.	Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	—		
3% Dessler. Bank-Aktien	75 1/2 P.	5% Liv.-Flor. 420 fr. à 28 fr.	—		
5% Cred. A. i. D. B.	214 1/2 G.	3% Def. St.-Eisenb.-Prior.	55 1/2 P.		
3% Bayr. Bank à fl. 500	—	3% Def. St.-u. Rem. Ebd.	53 1/2 P.		
4% Darmst. V.-A. à fl. 250	229 G.	5% Eisenb.-Prior.	63 1/2 P.		
4% Weimar. Bank-Aktien	89 1/2 G.	4 1/2% Gf. Dwggb.-Prior.	84 1/2 P.		
4% Mitteld. Gr.-A. à 100 fl.	97 1/2 G.	5% Def. Liv. i. R. D. i. S. b. R.	101 1/2 P.		
4% Nordb. Credit-Aktien	—				
4% Preuss. Bank-Aktien	104 G.				
Span. G. u. Ind. fr. 500 à 28	600 G.				
4% Eisenb.-Akt. à fl. 250	329 P.				
3 1/2% Frankf. Han. Ebd.-A.	73 1/2 P.				
5% Dessler. Staats-Ebd.-A.	230 G.				
5% Gf. St.-A. à 200 fr. St.-A.	123 1/2 G.				
Rhein-Narb.-Bahn	28 1/2 P.				
4% Ebd.-Verb. Eisenbahn	138 1/2 G.				
4 1/2% Pf. Mar.-Ebd.-A. b. R.	106 1/2 P.				
4 1/2% Bayer. Ostbahn-Aktien	107 1/2 P.				
4% Gf. Ludwigsbahn	127 1/2 P.				